

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 14.04.2010

Klimaschutz in Niedersachsen voranbringen durch Einführung eines flächendeckenden, systematischen Stoffstrommanagements

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Effizienter Klimaschutz erfordert die zeitnahe praktische Umsetzung systematischer Ansätze. So wichtig sogenannte Leuchtturmprojekte für medienwirksame Kampagnen sein können, notwendig für die Reduzierung von Ressourcenverbrauch und klimaschädigenden Treibhausgasen ist eine möglichst flächendeckende Einführung von zielführenden Strukturen und Maßnahmen, um einen wirklich spürbaren Effekt zu erreichen.

Dafür spielen die systematische Erfassung von Stoffströmen und deren optimierte Nutzung innerhalb dezentraler, vernetzter Kreisläufe die entscheidende Rolle. Stoffströme entstehen z. B. in den Bereichen Abfälle und Reststoffe, Abwässer und ihre Folgeprodukte, Nährstoffe und Biomassen jedweder Art sowie Energieträger, insbesondere in Form erneuerbarer Energien.

Regionale Ressourcen, Stoff- und Energieströme werden dafür aktiv zur Erhöhung der örtlichen Wertschöpfung, zur Verbesserung der Lebensqualität und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen genutzt bzw. bewusst geschont.

Den Kommunen kommt bei Planung und Umsetzung eines „Stoffstrommanagements“ die zentrale Rolle zu. Führung und Steuerung dieses permanenten Prozesses sollen auf der Basis von Kooperation und Kommunikation zwischen den regionalen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Handel und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft etc. erfolgen.

Auf diese Weise wäre es möglich, neben der Ressourcenschonung auch Arbeitsplätze zu generieren und große Mengen finanzieller Mittel durch entsprechende Wertschöpfungsketten in der Region zu halten. Weiterer Strukturausdünnung und den negativen Folgen des demografischen Wandels könnte so entgegengewirkt werden.

Vernünftige Prioritätensetzung basierend auf folgenden Grundsätzen könnte zudem regionale Interessen, Wertschöpfung und Werthaltung vor Ort koppeln an hohe Reduzierungspotenziale von Treibhausgasen und Ressourcenverbrauch:

- Einsparen vor Erzeugen
- Nutzung der Abwärme vor Wärmeproduktion
- Optimierte Wärmenutzung über Kraftwärmekopplung in direkter Nähe zu elektrischen Erzeugern
- Vorrang für erneuerbare regionale Ressourcen vor nicht erneuerbaren und importierten
- Vorrang für regionale Verarbeitung vor Transport zur externen Veredelung
- Möglichst hochwertige Wiederverwertung statt „Downcycling“

Dieser Ansatz geht damit weit über die bisherige gesetzliche Grundlage des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes hinaus und lässt an örtliche Gegebenheiten angepasste Lösungen zu, deren Ziel es ist, Stoffkreisläufe letztlich möglichst weitgehend zu schließen.

Um ein flächendeckendes Stoffstrommanagement schnell und effektiv einführen zu können, kommt der Landesebene eine besondere Bedeutung zu.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Auflegung eines Förderprogramms für Kommunen zur Einführung eines Stoffstrommanagements, das zu finanzieren ist aus der Titelgruppe 61 im Einzelplan 8. Dabei ist Wert darauf zu legen, dass die Fördermodalitäten ein hohes Maß an Anreiz bieten. Insbesondere struktur- und finanzschwachen Kommunen soll durch entsprechend höhere Fördersätze die Einführung ermöglicht werden.
- Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Stoffstrommanagement - z. B. beim NLWKN - zur Beratung der Kommunen bei Konzeption und praktischer Umsetzung
- Einrichtung entsprechender wissenschaftlicher Kapazitäten an Hochschulen zur Begleitung der Prozesse vor Ort
- -Erweiterung von Lehrinhalten an Schulen um die Thematik von Stoffströmen mit besonderer Fokussierung auf die örtlichen Gegebenheiten

Begründung

Die Nutzung von Ressourcen und potenziellen Energieträgern ist in vielen Bereichen noch dem Zufall überlassen. So verpuffen hohe Potenziale, und oftmals werden große Mengen Energie eingesetzt, um Energieträger, insbesondere im Abfallbereich, zu vernichten. Erste Ansätze, diese Situation zu verbessern, basieren oft auf Einzelinitiativen. Vielfach sind potenziellen Nutzern vorhandene Stoffströme gar nicht bekannt.

Die systematische Erfassung bzw. Ist-Analyse solcher Ströme bedarf neben einer grundlegenden Konzeption einer entsprechenden Struktur. Initiierung des Prozesses sollte von Landesseite erfolgen. Koordination und Umsetzung des Stoffstrommanagements liegen sinnvollerweise zunächst bei den Kommunen, die ja auch für Raumordnung und Bauleitplanung zuständig sind. Dadurch sind auch in hohem Maße Synergien nutzbar und planerische Grundlagen optimal zu entwickeln. Unternehmerische Initiative im bauleitplanerischen Gesamtzusammenhang ließe sich auf diese Weise frühzeitig seitens der Kommune kommunizieren bzw. moderieren und Interessenkonflikte könnten beseitigt werden.

Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Trier ein solches Verfahren erfolgreich in der Fläche eingeführt. Viele Kommunen haben inzwischen von den Förderinstrumenten Gebrauch gemacht und holen sich Anleitung, Beratung und wissenschaftliche Begleitung beim Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) der FH Trier und dem Kompetenzzentrum des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht.

Von den dortigen Erfahrungen kann in Niedersachsen profitiert werden.

Mittel für den Einstieg in ein solches Programm sind im Landeshaushalt vorhanden und könnten aus der Titelgruppe 61 des Einzelplans 8 bereitgestellt werden.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin